

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 36 (2017)
Heft: 69

Artikel: Kapitalistischer Realismus und die Frage der Demokratie : kritische Anmerkungen zum Kongress "Reclaim Democracy"
Autor: Frick, Jonas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-780993>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kapitalistischer Realismus und die Frage der Demokratie

Kritische Anmerkungen zum Kongress «Reclaim Democracy»

Unter dem Titel «Reclaim Democracy» fand in Basel im Februar 2017 ein von über 1800 Menschen besuchter linker Kongress statt. An vier grossen Plenumsveranstaltungen und in über fünfzig Workshops wurde diskutiert, wie Demokratie in verschiedenen Lebensbereichen gestärkt werden könnte. Organisiert wurde der Kongress neben 23 universitären Institutionen und politischen Organisationen vor allem vom Denknetz Schweiz, einer der linken Sozialdemokratie nahestehenden Denkfabrik. Dieser Beitrag versucht aufzuzeigen, wie die in Basel programmatisch geäusserte Absicht, die Demokratie zu stärken, eine Variation bekannter sozialdemokratischer Visionen darstellt, die es nicht schafft, über herrschende Denkschemata hinauszugehen und deshalb Bewegungen in Richtung Emanzipation eher hemmt.

Die politische Lage, unter deren Vorzeichen der Basler Kongress stand, ist die Defensive der Linken im deutschsprachigen Raum. Weder die grosse Wirtschaftskrise noch der Aufschwung der rechten Bewegungen hat hier in den letzten Jahren zu einer Stärkung der linken Bewegung geführt. Die wenigsten Menschen sehen eine Notwendigkeit für eine radikale Veränderung. Und selbst wenn kaum jemand gänzlich zufrieden sein mag, dominiert doch eine schier grenzenlose Akzeptanz für die herrschenden Produktions- und Eigentumsverhältnisse. Für den bewussten oder unbewussten Zuspruch für das kapitalistische System gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze. Im Folgenden wird auf eine ideologiekritische Variante Bezug genommen. Unter dem Begriff «kapitalistischer Realismus» versteht der britische Kulturwissenschaftler Mark Fisher ein Denken, das sich eine «kohärente Alternative» (Fisher 2013, 8) zum herrschenden System nicht mehr vorstellen kann: «Der Kapitalismus bestimmt nahtlos den Horizont des Denkbaren.» (Ebd., 16) Grössere Aufmerksamkeit erhielt diese These bisher vor allem in kulturalistischen Untersuchungen. Gerade in der Popkultur zeige sich, so meint Fisher in seinem zweiten Werk, *Ghosts of My Life*, dass nichts Neues mehr entstehe und nur noch leblose Imitate des bereits Vorhandenen produziert werden (Fisher 2014). Dieser Befund ist nicht neu. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts findet sich wiederholt die Vorstellung einer im Kapitalismus geschichtslos gewordenen Welt. Walter Benjamin spricht beispielsweise von der «ewigen Wie-

derkehr des Neuen» (Benjamin 1991, 679), um damit das Zusammenfallen von neuem und Immergleichem in der Mode zu beschreiben. Fisher geht davon aus, dass Einzelphänomene wie die Mode tatsächlich seit längerem unter dem Modus des kapitalistischen Realismus funktionieren. Dieser Zustand habe sich mittlerweile aber ausgedehnt und sei derart chronisch geworden, dass nunmehr die gesamte Gesellschaft davon betroffen sei.

Fisher hat sein Aha-Erlebnis, als er in einem Einkaufscenter den Song *Valerie* von Amy Winehouse hört. Er glaubt zunächst, dass es sich dabei um einen Soul-Song der 1960er-Jahre handeln muss, der 2006 von der britischen Indie-Rockband The Zutons gecovered wurde. Allerdings sind The Zutons tatsächlich Urheber des Liedes, das von Amy Winehouse ein Jahr später in einer Retroversion als Sechziger-Soul-Song simuliert wird. Bei Popgrößen wie Winehouse scheint also längst unklar, aus welcher Zeit ihre Lieder stammen. Wenn aber Zeit nicht mehr erkannt werden kann und wenn es nur noch um die Simulation von Vergangenen geht, kann dann noch Geschichte entstehen? Dieses Problem muss auch politisch gedacht werden. Denn der kapitalistische Realismus betrifft nicht mehr nur die kulturelle Logik des Spätkapitalismus (Jameson 1986), sondern bestimmt ebenso seine politische Logik. Prototypisches Phänomen eines kapitalistischen Realismus in der Politik ist Francis Fukuyamas Postulat vom «Ende der Geschichte». Während Fukuyama zwar spätestens seit der Finanzkrise von 2007/2008 zum beliebten Strohmann linker Angriffe wurde, hat es die Linke versäumt, das eigene Durchdrungensein von ebendiesem kapitalistischen Realismus zu bemerken. Anhand einer Auseinandersetzung mit dem vom Denknetz anlässlich des Reclaim-Democracy-Kongresses veröffentlichten Thesenpapier «18 Thesen für eine Starke Demokratie» und den Eindrücken am Kongress selbst soll im Folgenden problematisiert werden, wie der kapitalistische Realismus zu einem realen Problem linker Bewegungen geworden ist.

Die 18 Thesen entwickeln anhand des Begriffes «Starke Demokratie» ein vom Denknetz antizipiertes Demokratiekonzept, das sich nach und nach auf verschiedene Lebensbereiche ausdehnen soll. Auch wenn im Folgenden eine Kritik daran erläutert werden wird, heisst dies nicht, dass am Basler Kongress alles schlecht war. Sehr wohl ist es sinnvoll, Räume für linken Austausch zu schaffen und Menschen zu stärken, die sich wissenschaftlich oder aktivistisch in linken Zusammenhängen bewegen. Ebenso wenig kann dem Kongress etwas anderes entgegengehalten werden, das alles besser machen würde. Auch andere linke Positionen und Bewegungen stehen vor dem Problem fehlender Perspektiven. Entsprechend ist der vorliegende Essay als Debattenbeitrag zu verstehen, im Bewusstsein, dass das Kriterium der Kritik – zumindest in ihrem ersten Schritt – nicht ihr konstruktiver Beitrag, sondern ihre Triftigkeit ist.

18 realistische Thesen und ein affirmatives Staatsverständnis

Ob durch eine ironisch-distanzierte Haltung oder durch ein Herunterschrauben von Erwartungen lebt der kapitalistische Realismus – in Abgrenzung zu den grossen Ideen der Moderne – von einer Immunisierung «gegen die Verführungen des Fanatismus» (Fisher 2013, 11). So ungerecht die gegenwärtige Gesellschaft auch sein mag, ihre Grundpfeiler bilden noch immer das kleinere Übel im Vergleich zur Barbarei des 20. Jahrhunderts. Dieser Gedanke – Inbegriff einer Suche nach reformistischen Lösungsansätzen – durchzieht die «18 Thesen für eine Starke Demokratie». Bereits die darin verwendeten Begriffe offenbaren die Furcht vor einer radikalen Veränderung: Nicht Gegenmacht, sondern «Mitbestimmung» (These 9, im Folgenden abgekürzt mit dem Sigel T), nicht Enteignung, sondern «Neuverteilung» (T10), nicht Widerstand, sondern «Engagement» (T1) stehen an. Dass die Demokratie dabei als «unerlässlicher Kern eines realistischen politischen Programms» (T6) wirken soll, stärkt die Vermutung, dass das Konzept einer starken Demokratie keine Zuwendung zum Neuen enthält, sondern einer Simulation sozialdemokratischer Verwaltungspolitik entspricht, die jedoch mit dem Glauben versehen wird, damit das Alte überwinden zu können. Es ist folgerichtig, wenn in den 18 Thesen davon ausgegangen wird, dass die Stärkung der Demokratie primär über die Teilnahme an bestehenden staatlichen Institutionen und nur im Ausnahmefall gegen diese erfolgen sollte: «Der Kampf für eine Starke Demokratie muss demnach im, mit dem und wenn erforderlich gegen den Staat geführt werden.» (T2)

Dem gegenüber steht eine marxistische Staatstheorie, in der Klassenkämpfe im Ringen gegen staatliche Strukturen als Perspektive der Emanzipation verstanden werden. Hier muss der gesellschaftliche Emanzipationsprozess mit den gegenwärtigen Institutionen und der bürgerlichen Demokratie brechen, will dieser tatsächlich Veränderung mit sich bringen – und dies schon in der Phase des Überganges. Ein Demokratie- und Staatsverständnis, das den Bruch betont – man könnte dies mit Alex Demirovi (2009) als Idee der «Rätedemokratie» bezeichnen –, findet sich bei Marx spätestens im ersten Entwurf zu *Der Bürgerkrieg in Frankreich*. Darin werden unter anderem die Errungenschaften der Pariser Kommune von 1871 reflektiert und kommentiert: «[Die Kommune] war nicht eine Revolution, um die Staatsmacht von einer Fraktion der herrschenden Klassen an die andere zu übertragen, sondern eine Revolution, um diese abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft selbst zu zerbrechen.» (Marx 1962, 541) Der Kampf gegen den Staat ist hier nicht dritte Option, die nur dann in Kraft tritt, wenn sie ausnahmsweise erforderlich werden sollte, sondern Ursprung der Veränderung. Denn «die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und diese für ihren eignen Zweck in Bewegung setzen. Das politische Werkzeug ihrer Versklavung kann nicht als po-

litisches Werkzeug ihrer Befreiung dienen.» (Ebd., 592) Gleiches gilt für das Denken, das erst dann Werkzeug seiner Befreiung ist, wenn es sich von der Ideologie seiner Versklavung befreit hat.

Antimythischer Mythos und die Politik Skandinaviens

Man muss dem Denknetz zugutehalten, dass die Kritik am Staat, auch wenn diese erst als letzte Handlungsoption folgen mag, nicht gänzlich negiert wird. So wird in den 18 Thesen zwischen einer bürgerlich-kapitalistischen «Protodemokratie» (T3 und T15) und einer starken Demokratie unterschieden. In der Protodemokratie verletzen «demokratie-averse gesellschaftliche (Sub)Strukturen» (T3), wie beispielsweise die Wirtschaft, grundlegend das «Postulat der demokratischen Substanz» (T3). Diesem Befund ist zuzustimmen und er liesse sich durch zahlreiche Beispiele belegen, allerdings scheint es in den 18 Thesen ganz so, als ob die Demokratie selbst keine solche semiautonome Substruktur mit eigenen Entwicklungslinien sein kann. Doch die Geschichte der Demokratie zeigt leider nicht nur, dass «[p]olitische Entscheide, die den Interessen des Kapitals zuwiderlaufen, sanktioniert [werden]» (T3), sondern auch, dass politische Entscheide, die dem Kapital dienen, immer wieder wohlwollend von linken wie von rechten Kräften demokratisch unterstützt werden. Das Denknetz schreibt, wie das Kapital notfalls auch demokratische Entscheide umgeht und gar fähig ist, demokratische Regierungen zu stürzen. Doch es gibt auch gegenteilige Beispiele, die nahelegen, wie linke demokratische Bewegungen auch eigenmächtig das Interesse des Kapitals vertreten können: Aktuell zu nennen wäre etwa die griechische Regierungspartei Syriza oder, etwas lokaler, die schweizerische Sozialpartnerschaft, die bis heute mit durchaus demokratischer Legitimation von etlichen gewerkschaftlichen Führungskräften vertreten wird.

Wenn Demokratie und Wirtschaft tatsächlich zwei homogene Blöcke wären, die sich antagonistisch gegenüberstehen würden, dann könnte man sich durchaus widerspruchsfrei hinter die Demokratie stellen und ihr innerhalb bestehender Institutionen zum Durchbruch verhelfen. Doch die Wechselwirkung ist komplexer und beide Seiten kennen semiautonome Entwicklungspfade, die nicht monokausal determiniert werden. Entsprechend berücksichtigt werden müsste deswegen zumindest die Dialektik der Demokratie, die auch in ihrer progressiven Konzeption in Regression umzuschlagen droht. Insbesondere dann, wenn sie glaubt, sich institutionell festigen zu können. Es geht bei der vorliegenden Kritik also nicht darum, dass sich Reclaim Democracy mit dem Wort Demokratie einer falschen Begrifflichkeit bedient – auch andere Konzepte wie der demokratische Zen-

tralismus oder die Basisdemokratie berufen sich je unterschiedlich auf den Begriff –, sondern darum, dass bei Reclaim Democracy ein Demokratiekonzept erarbeitet wird, das anknüpfend an bestehende Institutionen und Vorschläge eine politische Vision erarbeiten will, die in ihrer Imitation eigentlich keine ist.

Deutlich wird dies, sobald es in den 18 Thesen um konkrete Beispiele geht. So beruft sich das Denknetz auf den nicht sterben wollenden «antimythischen Mythos» (Fisher 2013, 18) der «skandinavischen Staaten» (T8), die als Beispiel für eine erfolgreiche «Förderung der Gendergerechtigkeit» (T8) erwähnt werden. Die geforderte Imitation der geografisch lokalisierbaren Teilerfolge impliziert die Realisierbarkeit des eigenen Projektes: Starke Demokratie ist keine Utopie, sondern ein Teil für Teil umsetzbares Programm. Damit wird freilich übergangen, dass sozialdemokratische Führung auch im Norden kein Garant für eine progressive soziale Veränderung ist. Mit Blick auf Schweden lässt sich feststellen, dass der Sozialstaat in den letzten Jahrzehnten unter Mitarbeit der Sozialdemokratie ausgehöhlt wurde (Thörn 2013; Pred 2000). Mitte der 1990er-Jahre war es der sozialdemokratische Finanzminister Goran Persson, der für mehr Privatschulen eintrat. In den gleichen Jahren stand der sozialdemokratische Ministerpräsident Ingvar Carlsson für eine verstärkte Privatisierungspolitik ein (Cohen 1994). Neuere Untersuchungen stellen zudem bezüglich Gendergerechtigkeit die Frage, welche Errungenschaften in Schweden tatsächlich existieren. In einem Sammelband von Lena Martinsson u. a. (2016) stellen einzelne Beiträge fest, dass Gleichstellung der Geschlechter zum nationalistischen Mythos geworden ist, der weniger auf die realen Errungenschaften denn auf eine Kollektivvorstellung davon rekurriert. Zugleich führen andere Beiträge aus, wie Forderungen nach Gleichstellung der Geschlechter immer wieder mit den Aufforderungen des Neoliberalismus verschmelzen, beispielsweise dort, wo es um eine verstärkte individuelle Flexibilisierung geht.

Diese Einzelbeispiele legen nahe, dass man sich in den 18 Thesen des Denknetzes zu wohlwollend nach einem skandinavischen Modell sehnt. Allerdings würden vermutlich auch VertreterInnen des Denknetzes dem Gemeinplatz zustimmen, dass die skandinavische Sozialdemokratie keine perfekte Politik betreibt. Doch das Problem liegt tiefer. In den 18 Thesen wird immer wieder die Hoffnung geäußert, dass die starke Demokratie eine Subversion gegen neoliberale Strukturprogramme sein könne. In Skandinavien wurde diese Hoffnung aber nicht aufgrund von individuellen Fehlern verfehlt, sondern weil die kapitalistische Struktur scheinbar wiederkehrende politische Entwicklungen begünstigt, die innerhalb staatlicher Institutionen nicht überwunden werden können. Diese wirkungsmächtigen Kräfte können nicht bezwungen werden, indem ein vorhandenes politisches Projekt neu eingekleidet wird – in diesem Falle also sozial-

demokratische Regierungspolitik in neuen Farben simuliert wird. Der Bruch mit dem Bestehenden bedingt das kollektive Drängen gegen den Staat, seine Institutionen und seine die herrschenden Verhältnisse naturalisierende Ideologie. Oder anders gesagt: Wenn die skandinavischen Länder realistische, weil bekannte und lokalisierbare Beispiele für den Teilerfolg einer starken Demokratie sein sollen, ist es dann nicht dieser Realismus, der hemmend auf Veränderung wirkt, weil er in seiner Imitation die hemmenden Zustände ständig reproduziert? Müsste dieser hemmende Realismus nicht bekämpft werden, wollen wir irgendwann tatsächlich ein «Buen Vivir» (T10) erleben, das nicht beständig hinter die gesetzten Ansprüche zurückfällt?

Ewige Wiederkehr der Zivilgesellschaft

Im Kampf um Demokratie sieht das Denknetz drei Möglichkeiten. Erstens kann der Staat demokratisiert werden, zweitens geht es um die Demokratisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft, drittens soll die starke Demokratie als «Stärkung der Zivilgesellschaft» (T2) verstanden werden. Es ist wohl diesem dritten Punkt geschuldet, dass das Denknetz in seinem Vorwort zu den 18 Thesen neben der Linken auch «gesellschaftsliberale Kreise» als Adressaten erwähnt. Ein zivilgesellschaftliches Bewusstsein setzt gegenwärtig vor allem dort ein, wo Individuen beginnen, staatstragende Positionen zu internalisieren. Entsprechend sorgfältig ist mit der Zivilgesellschaft umzugehen, deren «robuste Struktur» (Gramsci 1991ff., H. 7, § 16, 874) in der Regel eine schützende Hand über den gesellschaftlichen Status quo legt (Feige 2016). Am Basler Kongress wurde die konformistische Haltung der antizipierten Zivilgesellschaft besonders dann sichtbar, wenn es um die Stärkung demokratischer Beteiligung ging. Die sozialdemokratische Basler Grossrätin Sarah Wyss setzte sich beispielsweise in einem Workshop zur demokratischen Beteiligung benachteiligter Gruppen vehement für mehr Selbsthilfe im Gesundheitsbereich ein. Während Empowerment zwar unterstützenswert ist, wurde von Wyss weitgehend ignoriert, dass Defizite im Gesundheitsbereich strukturelle Ursachen haben, die nicht einfach vom Individuum behoben werden können. Wer eine Zivilgesellschaft fordert, in der es um bessere individuelle Anpassung an herrschende Zustände geht, vergisst immer wieder, dass er oder sie sich damit deckungsgleich mit dem neoliberalen Leistungsdiskurs und mit der die Flexibilisierung fördernden Verwaltungspolitik bewegt. Auch der Blick auf die grösseren politischen Ereignisse in der Schweiz der vergangenen Jahre legt dieses problematische Verständnis von Zivilgesellschaft nahe: So tritt die Zivilgesellschaft in Form einer liberalen Kraft wie der Organisation Operation

Libero gegen die Erhöhung der Renten ein. Einige Monate später kämpft die Gewerkschaftsführung mit dem Argument gesellschaftlicher Sachzwänge für eine Rentenreform, die eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen bedeutet. Dies sind prägnante Beispiele einer Zivilgesellschaft, die nicht Ursprung revolutionärer Veränderung sein kann oder will.

Dies ist keine Absage an die Masse, die sich nicht für ihre Interessen einsetzt, sondern ein Plädoyer dafür, dass das revolutionäre Subjekt, ob als Masse oder als Einzelperson, nicht als staatstragende Kraft agiert. Dies gilt auch für ein die Gesellschaft veränderndes Denken. Der springende Punkt einer revolutionären Veränderung ist, dass das Neue zwar aus dem Denken der alten Produktionsverhältnisse entspringen muss, sich aber nicht in diesem verwirklichen kann. Was eine revolutionäre Linke will, ist unter diesen Produktionsverhältnissen nicht verwirklichtbar. Revolutionäre Forderungen sind unter den gegebenen Umständen unrealistisch, deshalb ist die Betonung einer Bruchposition derart wichtig und deshalb widersetzen sich revolutionäre Programme einem «realistischen politischen Programm» (T6). Im Gegensatz dazu ist der Ruf nach einer Stärkung der Zivilgesellschaft und nach realistischen Programmen nichts anderes als die normative Kraft des Faktischen, also eigentlich das, was der Neoliberalismus mit Margaret Thatchers TINA («There is no alternative») schon längst vorgegeben hat: der Glaube an den naturalisierten Zustand herrschender Verhältnisse.

Realistischer Tumult

Die 18 Thesen wurden vom Denknetz und nicht von allen teilnehmenden Organisationen verfasst. Entsprechend wäre einzuräumen, dass in Basel auch Raum entstand, neue Gedanken zu entwickeln. Zumindest die von mir besuchten Veranstaltungen konnten diese Hoffnung nicht bekräftigen. Exemplarisch lässt sich dies anhand des Workshops «Tumult als Garant der Demokratie» mit dem Philosophieprofessor Urs Marti und der Philosophiestudentin Edna Becher nachvollziehen. Die beiden präsentierten Positionen betonten den unvermeidlichen Konflikt zwischen den sozialen Klassen. Marti plädierte mit Machiavelli und Marx dafür, dass Tumult zur Demokratie dazugehöre und dass durch die Institutionalisierung des Konflikts Tumult zur Ursache der Freiheit werden könne. Becher beschrieb im Gegensatz dazu die Geschichte der Frauenemanzipation als einen Kampf, dessen Erfolg oftmals dann abzureissen droht, wenn er sich zu stark institutionalisiert.

Die Koordinaten eines kapitalistischen Realismus zeigen bei den Erörterungen von Urs Marti exemplarisch, dass die Verbindung wertvoller linker Analyse mit einem hemmenden Realismus problematisch ist. Zwar aner-

kannte Marti mehrfach die Schwierigkeiten des Konzepts Demokratie, insbesondere beim Begriff Gleichheit, der mit Marx gelesen nicht einfach progressiver Kampfbegriff, sondern ebenso affirmativer Ausdruck einer historischen Epoche sein kann. Gleichzeitig wurde er nicht müde, zu bemerken, dass alle möglichen Alternativen wie auch alle gesellschaftsverändernden Organisationsformen gescheitert seien. Marti versuchte dem Dilemma, dass er (wie viele weitere TeilnehmerInnen des Basler Kongresses auch) für politische Veränderung eintreten, aber dennoch nicht dem alten politischen Fanatismus früherer Jahre verfallen will, mit einem nostalgischen Rückblick in die 1970er-Jahre zu entkommen. Viele sehnten sich in Basel nach den gewerkschaftlichen und studentischen Kämpfen Westeuropas dieser historischen Epoche. Es scheint ganz so, als ob die Spätphase des Fordismus neben der institutionalisierten Form der politischen Bewegung auch einen ökonomischen Rahmen schuf, der sowohl Tumult als auch Perspektive ermöglichte. Das Problem liegt darin, dass (vergleichbar mit dem Vorbild der skandinavischen Staaten für eine sogenannte starke Demokratie) die Sehnsucht nach den vergangenen Kämpfen einen Rahmen konstituiert, der als realistischer Möglichkeitsraum funktionieren will. Marti selbst brachte dies am Ende der Veranstaltung nochmals unfreiwillig auf den Punkt: Er resümierte resignierend, dass bisher kein System oder keine Organisationsform fähig gewesen sei, hierarchiefrei zu funktionieren. Entsprechend notwendig – weil alternativlos – seien deshalb institutionalisierte Formen der Konfliktbewältigung. Ungeklärt bleibt, was «institutionalisiert» in diesem Zusammenhang bedeutet. Wenn damit einzig Organisationsformen gemeint sind, ist dem wohl zuzustimmen. Die politische Praxis allerdings einer angeblich herrschenden Alternativlosigkeit zu unterwerfen, ist Ausdruck der normativen Kraft des Faktischen des kapitalistischen Realismus. Der Versuch, diese Resignation über den Blick in die Vergangenheit zu lösen, macht es nicht einfacher. Dadurch droht, wie bei *Valerie* von Amy Winehouse, eine andauernde Reproduktion einer zeitlosen, damit aber ebenso geschichtslos gewordenen Simulation, die – das erst ist das entscheidende Problem – ideologisch beständig Resignation generiert, weil die Kämpfe des Spätfordismus im Postfordismus im Gegensatz zum nostalgischen Bezug auf die Vergangenheit gerade nicht erfolgreich reproduziert werden können.

ArbeiterInnenklasse und die kulturpessimistische Endlosschleife

Die Befürchtung einer solchen Kulturpessimismus schaffenden Hyperrealität mag weit hergeholt erscheinen. Und der Rückblick auf historische Kampfzyklen ist in vielen Punkten durchaus instruktiv, beispielsweise in

der gegenwärtig wieder erstarkenden Überzeugung, dass das Proletariat eine politische Rolle für die Linke spielen sollte. Allerdings birgt diese Rückbesinnung ein weiteres Problem, das mit dem Denken im Modus des kapitalistischen Realismus zusammenhängt. Spätestens seit Didier Eribons *Rückkehr nach Reims* (2016) wird selbst im Feuilleton der *Neuen Zürcher Zeitung* anerkannt, dass die ArbeiterInnenklasse eine politisch wertvolle Grösse darstellt. Jedoch bekommt das Proletariat meist nur deswegen neue Aufmerksamkeit, weil im Anschluss an Eribon die wahlarithmetische Annahme vorherrscht, dass die ArbeiterInnenklasse von links nicht mehr genügend Aufmerksamkeit erhält und deren Wählerstimmen deswegen den Rechten zufallen. Die daraus folgende Forderung, sich der Klasse zuzuwenden, ist in ihrem Reflex durchaus richtig, impliziert aber oftmals die Annahme, dass das Proletariat eine einfach gestrickte und leicht manipulierbare Manövriermasse sei. So erwähnte auch Marti in seinem Beitrag *Studien*, die belegen, dass sich das französische Proletariat der Kommunistischen Partei (PCF) zugehörig fühlte, weil diese schöne Feste organisieren konnte. Dabei verschmelzen wohl durchaus stimmige Erfahrungen (soziale Anlässe waren stets wichtig), Anekdoten (soziale Anlässe werden zu schönen Feiern) und soziologische Befunde (soziale Anlässe binden die Klasse an eine Partei) zu einem fragwürdigen historischen Erkenntnisraum – es sei am Rande erwähnt, dass selbst der in etlichen Belangen zu kritisierende PCF lebendiger war als hier dargestellt, ganz abgesehen von den zahlreichen anderen revolutionären Gruppen Frankreichs.

Der damit geschaffene Erkenntnisraum will als stabile realistische Projektionsfläche funktionieren, denn zurück zum Proletariat ist hier nicht das Ergebnis einer Suche nach dem revolutionären Subjekt des 21. Jahrhunderts, sondern das Bekenntnis zur realistischen Vergangenheit im Sinne einer erhofften Rückkehr zur institutionalisierten Konfliktverwaltung oder, im besseren Falle, zu den Konflikten des Spätfordismus. Wenn auch dazumal keine paradiesischen Zustände herrschten, scheint diese Epoche doch bisher am besten funktioniert zu haben. Deswegen liesse sich aus deren Erfahrungen auch ein realistisches Programm für die Gegenwart zimmern. Daraus resultiert ein dem Vorausgehenden vergleichbares Ergebnis. Denn ohne eine mit dem Rückblick einhergehende neue Klassen(kampf)analyse der Gegenwart wird das Scheitern, die Resignation und damit die aufkommende Akzeptanz des Bestehenden auch gleich wieder mitreproduziert. Auch hier droht die kulturpessimistische Endlosschleife.

Der Workshop kam auch bei der anschliessenden Diskussion nicht über den herrschenden Realismus hinaus, was neben den inhaltlichen Problemen auch am starken Ungleichgewicht der Positionen lag. Während die Studentin Becher argumentierte, dass die Geschichte des Frauenkampfes die Problematik von Institutionalisierungszwängen aufzeige, verwies Marti

auf persönliche Erfahrungen. Schliesslich fragte das Publikum bei Marti verschiedentlich nach, was er denn unter verschiedenen von ihm angesprochenen Punkten genau verstehe. Die Studentin drohte vergessen zu gehen. Inwieweit die Ursache dieses Ungleichgewichts in den Geschlechterhierarchien, in symbolischen Hierarchien oder im milieuspezifischen Verhalten des Publikums zu verorten ist, lässt sich nur schwer eruieren. Zumindest ist bezeichnend, dass irgendwann ein Philosophiestudent nach der Bedeutung Hegels fragte und damit die Diskussion endgültig von der politischen Praxis zum Wissen des Philosophieprofessors umleitete. Vielleicht bleibt es letztlich eine Illusion, dass die Universität Beiträge für die politische Praxis liefert, zunächst aber liesse sich dieses Problem auch mit einer besseren Moderation wenn auch nicht beheben, so doch abschwächen.

Eyüp Burç, die Graffiti und die Frage der kollektiven Praxis

So hegemonial sich der kapitalistische Realismus auch manifestieren mag, er ist nicht undurchdringbar. Im Auftaktplenum des Kongresses ging es um die politische Situation in der Türkei. Dabei erzählte der per Skype zugeschaltete kurdische Medienaktivist Eyüp Burç eine erhellende Anekdote. Er erklärte, dass die ersten öffentlichen Botschaften, die er und seine GenossInnen verbreiteten, Parolen an den Wänden seines Quartieres waren («Tod dem Faschismus») und dass die späteren kurdischen Medienkanäle in der Folge dieser Graffiti stehen. Nimmt man diese Erzählung ernst, zeigt sich, dass nicht die gemeinsame Ausarbeitung einer demokratischen Idee oder die Stärkung der Zivilgesellschaft, sondern die Praxis im öffentlichen Raum gegen reaktionäre Zustände Startpunkt eines Protestes sind, der heute einen Bezugspunkt für zahlreiche fortschrittliche Bewegungen auf der ganzen Welt bildet. Freilich bilden darin die Kämpfe um demokratische Zugeständnisse ein zentrales, wenn auch innerhalb der türkischen und kurdischen Linken immer wieder diskutiertes und hinterfragtes Fundament. In dieser politischen Praxis geben sich unterschiedliche Kampffelder, Interessen und Aktionsformen gegenseitig Kraft. Stärker als die Frage nach der Legalität stellt sich hier die Frage nach der Legitimität von Widerstand. Erst daraus formt sich die Kraft für die Stärkung der demokratischen Legalität des eigenen Kampfes. Gerade diese Umkehrung der Ausgangslage scheint ein Weg der revolutionären Veränderung zu sein, auf dem die Suche nach Demokratie – im Gegensatz zur Ausarbeitung realistischer Programme – ebenfalls ihren Platz finden könnte. Dafür muss allerdings die hiesige Perspektivenlosigkeit durchbrochen werden. Der dringend zu erobernde Resonanzraum linker Bewegungen liegt folglich darin, die Perspektive

einer revolutionären Veränderung wieder zu beleben. Das beinhaltet den Blick nach vorne und den Willen, ernsthaft über die Möglichkeit revolutionärer Veränderungen zu sprechen. Erste Voraussetzung hierzu ist, sich nicht von einem Realismus hemmen zu lassen, der Demokratie als ein Regal aus dem IKEA-Baumarkt versteht, das sich nach schwedischem Vorbild überall dort zusammenbauen lässt, wo es Wohnzimmer gibt.

Literatur

- Benjamin, Walter, 1991: Zentralpark. In: Ders.: Gesammelte Schriften 1.1. Frankfurt am Main, 655–690
- Cohen, Peter, 1994: Sweden: The Model that never was. In: Monthly Review, Heft 3, 41–59
- Demirovi, Alex, 2009: Rätedemokratie oder das Ende der Politik. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 155, 181–206
- Denknetz-Kerngruppe, 2017: 18 Thesen für eine Starke Demokratie. www.reclaim-democracy.org/starke-demokratie (Abfrage 1.3.2017)
- Eribon, Didier, 2016: Rückkehr nach Reims. Berlin
- Feige, Otto B., 2016: Warum die Zivilgesellschaft gesiegt hat und dies nicht so sein sollte. www.theoriekritik.ch/?p=2528 (Abfrage 2.3.2017)
- Fisher, Mark, 2013: Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Hamburg
- Fisher, Mark, 2014: Ghosts of My Life: Writings on Depression, Hauntology and Lost Futures. Winchester
- Gramsci, Antonio, 1991ff.: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. Hamburg
- Jameson, Fredric, 1986: Zur Logik der Kultur im Spätkapitalismus. In: Huyssen, Andreas/Scherpe, Klaus R. (Hg.): Postmoderne. Zeichen eines kulturellen Wandels. Reinbek bei Hamburg, 45–102
- Martinsson, Lena/Griffin, Gabriele/Nygren, Katarina Giritli (Hg.), 2016: Challenging the Myth of Gender Equality in Sweden. Chicago
- Marx, Karl, 1962: Erster Entwurf zum «Bürgerkrieg in Frankreich». In: Marx-Engels-Werke (MEW), Band 17. Berlin, 493–571
- Pred, Allan, 2000: Even in Sweden: Racisms, Racialized Spaces, and the Popular Geographical Imagination. Berkeley
- Thörn, Catharina, 2013: The Stockholm Uprising and the Myth of Swedish Social Democracy. www.newleftproject.org/index.php/site/article_comments/the_stockholm_uprising_and_the_myth_of_swedish_social_democracy (Abfrage 3.3.2017)

Andreas Fisahn

Hinter verschlossenen Türen: Halbierte Demokratie

Autoritären Staat verhindern | Beteiligung erweitern

AttacBasisTexte 51

96 Seiten | EUR 7.00 | ISBN 978-3-89965-756-2

Demokratie wird gefeiert und missbraucht. Sie befindet sich in einer tiefen Krise. Aber was ist eigentlich Demokratie? Andreas Fisahn gibt einen Überblick über Ansprüche an die Demokratie und kontrastiert sie mit der Wirklichkeit der Repräsentation in den »westlichen« kapitalistischen Ländern. Aber sind Demokratie und Kapitalismus vereinbar oder muss die Spaltung zwischen Arm und Reich zwangsläufig zu ihrer Zerstörung führen? Lässt sich Demokratie auf den Bereich der Politik begrenzen oder geht es darum, dass die Gesellschaft sich selbst organisiert?



Aaron Tauss (Hrsg.)

Sozial-ökologische Transformationen

Das Ende des Kapitalismus denken

208 Seiten | EUR 19.80 | ISBN 978-3-89965-698-5

An allen Ecken und Enden kracht es im System: Der Kapitalismus befindet sich in einer multiplen Krise. Die politische Klasse ist verunsichert, macht aber in der Regel weiter in althergebrachten Bahnen. Damit entsteht eine Lücke, um eine Welt jenseits des Kapitalismus zu denken und zu schaffen. Eben darum geht es den AutorInnen: eine bessere, sozialere, ökologischere und geschlechtergerechtere Welt nach dem Kapitalismus denken und planen zu können..

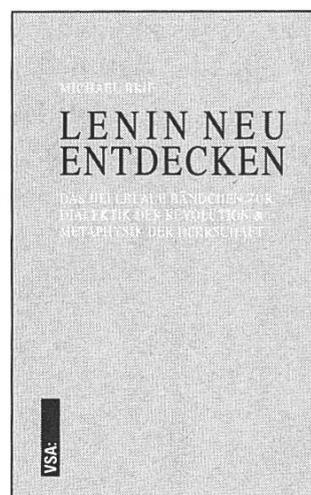
Michael Brie

LENIN neu entdecken

Das hellblaue Bändchen zur Dialektik der Revolution & Metaphysik der Herrschaft

160 Seiten | EUR 12.00 | ISBN 978-3-89965-734-0 1

Lenin als strategischen sozialistischen Denker neu zu entdecken, aus seinem Werk selbst heraus – das ist das Anliegen dieses Bandes. Michael Brie zeigt überdies: Wer vom Stalinismus redet, darf nicht vom Leninismus schweigen. Leninismus ist der Versuch, in unmenschlichen Zeiten mit ahumanen Mitteln humane, zutiefst sozialistische Ziele zu verfolgen. Dies ist ein Erbe, aus dem die Linke lernen muss.



www.vsa-verlag.de